

KO2NEU Die Stadt von morgen ist grün. Neue Wege für lebenswerte Metropolen

Antragsteller*innen:

Tagesordnungspunkt: TOP 6 Kommunalwahl 2019

1 Sachsens Großstädte wachsen, teilweise schneller, als noch vor einigen Jahren
2 angenommen wurde. So hat sich beispielsweise Leipzig mit einem Zuwachs von
3 jährlich über 10.000 Menschen zur am schnellsten wachsenden deutschen Großstadt
4 entwickelt. Auch Dresden verzeichnete in den letzten Jahren einen Zuwachs von
5 jährlich über 5.000 Menschen. Die Geburtenraten sind hoch, der Zuzug stark.
6 Viele Prognosen über Schrumpfungsprozesse in den Großstädten, auf deren
7 Grundlage noch vor Jahren zentrale politische Entscheidungen getroffen wurden,
8 haben sich als falsch erwiesen.

9 Das Wachstum und der Zuzug in die urbanen Ballungsräume birgt vielfältige
10 Chancen. Zusammen mit den großen Städten wird ganz Sachsen vielfältiger,
11 lebendiger und klüger. Was unsere sächsische Großstädte auszeichnet, sind die
12 vergleichsweise niedrigen Mieten und die Freiräume, in denen sich Menschen
13 ausprobieren können, die Kreative anziehen und das Leben deutlich entspannter
14 und interessanter machen als in anderen deutschen Großstädten.

15 Im Moment steht diese Entwicklung auf dem Spiel. Das Wachstum stellt die
16 Großstädte vor große Herausforderungen: Wohnraum, Infrastruktur und soziale
17 Daseinsvorsorge müssen dem Zuwachs folgen, ohne die gesellschaftliche Spaltung
18 voranzutreiben. Gleichzeitig werden im Zuge des Wachstums die Fehlentwicklungen
19 in den Großstädten immer deutlicher. Der Ausverkauf der Städte, die zunehmende
20 soziale Spaltung in der Stadt, die zunehmende Immobilienspekulation und auch die
21 Sommerhitze in den dicht bebauten Quartieren zeigen uns: Wir werden Wege finden
22 müssen, diese Fehlentwicklungen zu überwinden. Bei diesen Herausforderungen
23 lässt der Freistaat die Großstädte weitgehend allein. Das wollen wir
24 ändern. Wachsende Städte brauchen eine breite Akzeptanz für ökologische
25 Mobilität, für eine Stadtentwicklung mit lebendigen und sozial gemischten
26 Quartieren und genügend Freiräumen, für innovative Bildungskonzepte, gute
27 Arbeitsplätze und größere Internationalität, für eine innovative Verwaltung und
28 moderne Konzepte der Daseinsvorsorge. Sie können damit auch wichtige Impulse für
29 ihr Umland geben und so durch eine gute Vernetzung dazu beitragen, Sachsen
30 insgesamt als Region attraktiver zu machen.

31 Wir wollen die Spaltung zwischen der wachsenden Stadt und dem sich leerenden
32 ländlichen Raum nicht verstärken, sondern sie überwinden – nicht nur, indem wir
33 den ländlichen Raum in seiner Anbindung stärken, sondern auch, in dem die
34 Verantwortung der Städte für das umliegende Land stärker wahrgenommen wird. Die
35 kulturellen, wirtschaftlichen und medizinischen Angebote der Stadt müssen noch
36 stärker als heute die ländliche Bevölkerung einbeziehen und zugleich müssen die
37 Potentiale von Klein- und Mittelstädte für Wohnraum und Arbeitsplätze gehoben
38 werden. Wir wollen Großstädte und ländlichen Raum als zusammengehörende
39 Metropolregionen zusammen denken und systematisch stärken.

40 Wir wissen nicht, ob sich das gegenwärtige Wachstum in den Städten angesichts
41 des möglichen demografischen Wandels verstetigen wird. Wir wollen als
42 Stadtgesellschaften vorbereitet sein und unsere Städte, unsere Schulen und Kitas
43 so bauen, dass sie, wenn nötig, schnell aufgestockt und auch schnell anderweitig

44 genutzt werden können. Die Flexibilität der Strukturen soll eine grundlegende
45 Leitplanke unserer Stadtplanung werden.

46 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte das Wachstum nicht nur bewältigen,
47 sondern als Chance für eine zukunftsfähige Entwicklung in allen Bereichen
48 nutzen. Dazu müssen wir uns nicht am Status Quo, sondern an den positiven
49 Beispielen anderer europäischer Metropolen orientiert. Städte wie Kopenhagen
50 oder Wien, Barcelona oder Groningen zeigen jeweils auf ihre Weise, dass die
51 Zukunft der lebenswerten Stadt in sozialer Vielfalt und Internationalität, in
52 ökologischer Mobilität und in gelebten Freiräumen und starken Kommunen liegt,
53 die für eine umfassende Daseinsvorsorge vom Wohnen bis zur Bildung sorgen.
54 Lebenswerte Metropolen sind machbar. Die Stadt von morgen ist grün.

55 Gutes Wohnen für alle

56 In den sächsischen Großstädten herrscht ein rapide zunehmender Wohnraumangel,
57 insbesondere im unteren und mittleren Preissegment. Die Schaffung bezahlbaren
58 und attraktiven Wohnraums ist eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen der
59 Gegenwart. Um die damit verbundenen stadtbau- und sozialpolitischen Aufgaben
60 anzugehen, ist es dringend an der Zeit, eine gemeinwohlorientierte Boden- und
61 Wohnungspolitik durchzusetzen.

62 Wir müssen den Ausverkauf unserer Städte an die Meistbietenden stoppen. Die
63 derzeitige massive Immobilienspekulation treibt einen Keil in die Gesellschaft.
64 Sie vertreibt vor allem die Schwächsten der Gesellschaft und hat die
65 Wohnungssuche zu einem survival of the fittest gemacht. Weil in der Folge
66 insbesondere Einkommensschwache aus bestimmten Vierteln verdrängt werden, ballen
67 sich soziale Problemlagen in bestimmten Vierteln. Diese Entwicklung müssen wir
68 stoppen. Wir wollen, dass Wohnungen wieder zuallererst zum Wohnen da sind und
69 dass Mieter*innen anständig und fair behandelt werden.

70 Um das Recht auf Wohnung zu gewährleisten und den sozialen Frieden zu erhalten,
71 brauchen wir ein Ende des Ausverkaufs von knappem Boden in den Städten. Wir
72 wollen stattdessen, dass Grundstücke der Kommunen und des Freistaates nur noch
73 nach Erbbaurecht vergeben werden, um Immobilienspekulationen deutlich
74 einzudämmen. Das beendet auch die unsägliche Praxis der öffentlichen Hand, an
75 den jeweils Meistbietenden zu verkaufen, um dann festzustellen, dass keine
76 bezahlbaren Wohnungen auf den verkauften Grundstücken entstehen. Wir setzen uns
77 dafür ein, die Steuervorteile beim Verkauf von Immobilien durch Unternehmen
78 abzuschaffen.

79 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern ein gezieltes Vorgehen gegen Fehlverhalten im
80 Wohnungsmarkt: Wir werden die staatlichen Möglichkeiten vollends ausschöpfen im
81 Kampf gegen den spekulativen Leerstand von Wohnungen, exorbitante Mietpreise und
82 gezielte Vertreibung von Altmietern*innen durch die Eigentümer. Dazu braucht es
83 in Sachsen ein Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum beispielsweise
84 durch dessen Umwidmung in Ferienwohnungen.

85 Wir wollen die kommunale Durchsetzung von Milieuschutzsatzungen ermöglichen, in
86 dem wir als Freistaat die rechtlichen Voraussetzungen für ein Umwandlungsverbot
87 von Eigentumswohnungen und die Nutzung des Vorkaufsrechts schaffen.

88 Die energetische Sanierung darf nicht dafür missbraucht werden, Mieter*innen aus
89 ihren Wohnungen zu vertreiben. Wir setzen uns dafür ein, dass sie in Zukunft nur
90 noch zu einem sehr geringen Teil auf die Miete umgelegt werden kann und

91 gleichzeitig deutlich stärker steuerlich gefördert wird. Wir wollen zudem eine
92 energetische Sanierung, von der Mieter*innen rasch profitieren und die nicht zu
93 sozialer Verdrängung führt. Daher haben für uns Maßnahmen Priorität, die einen
94 hohen ökologischen Nutzen haben und zu keiner Erhöhung der Warmmiete führen.
95 BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN in Sachsen setzen sich für ein Förderprogramm
96 Heizkostenbremse ein, welches Energiesparmaßnahme fördert, die sich schnell
97 bezahlt machen.

98 Wir brauchen unbestreitbar deutlich mehr Sozialwohnungen in Sachsen. Allerdings
99 muss der soziale Wohnungsbau so erfolgen, dass er den Problemen am Wohnungsmarkt
100 wirksam begegnet. Ein Hauptproblem besteht darin, dass Sozialwohnungen viel zu
101 schnell aus der Mietpreisbindung herausfallen: Heute endet im sozialen
102 Wohnungsbau die Belegungsbindung schon nach zehn Jahren: Das ist viel zu kurz:
103 Deshalb wollen wir die Bindungsfristen für Belegungsrechte auf mindestens 25
104 Jahre verlängern und vorrangig nicht profitorientierte, kooperative Träger
105 fördern, die dauerhaft öffentliches Wohneigentum bereitstellen. Zudem müssen
106 entscheidende Fehlkonstruktionen bei der Inanspruchnahme des sozialen
107 Wohnungsbaus beseitigt werden. Dazu gehört, dass das Verbot für preiswerte
108 Mieten in der Förderrichtlinie des Landes gekippt wird und die Einkommensgrenzen
109 für die Inanspruchnahme von Wohnberechtigungsscheinen erhöht werden, um den
110 wohnungspolitischen Realitäten zu begegnen. Um den Bedarf von ca. 5.000
111 Wohnungen zu decken, wollen wir die Förderung auf 200 Mio. EUR/Jahr erhöhen.

112 Zur Finanzierung wohnungspolitischer Maßnahmen wollen wir die Grunderwerbssteuer
113 anheben. Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im
114 Vergleich zu anderen Bundesländern, die bis 6,5% erheben, verliert der Freistaat
115 jedes Jahr hunderte Millionen Euro. Ein höherer Steuersatz kann der
116 Immobilienspekulation entgegenwirken und erhebliche zusätzliche Einnahmen
117 generieren, die gezielt für die Unterstützung einkommensschwacher Familien oder
118 Baugruppen beim Wohnungsbau durch Zuschüsse und Darlehen genutzt werden kann.
119 Auf diese Weise können wir gezielt Menschen unterstützen, die für sich eine
120 langfristige Perspektive in Sachsen aufbauen wollen.

121 Derzeit weist Sachsen mit 3,5% den niedrigsten Satz bundesweit auf. Im Vergleich
122 zu anderen Bundesländern verzichtet der Freistaat damit auf Einnahmen in
123 Millionenhöhe, die gleichzeitig der Immobilienspekulation entgegenwirken
124 könnten. Eine angemessene Anhebung des Steuersatzes kann eine
125 verantwortungsvolle Wohnungspolitik ermöglichen, mit der wir als Land dafür
126 Sorge tragen, dass z.B. einkommensschwache Familien auch in Zukunft genügend
127 bezahlbare Wohnungen finden können

128 Mit einem revolvingierenden Wohnfonds sollen Kommunen beim Sozialen Wohnungsbau,
129 beim Aufbau öffentlichen Wohneigentums und bei der Ausübung des Vorkaufsrechts
130 unterstützt werden. Zur Finanzierung wollen wir einen Teil der
131 milliardenschweren Rücklagen des Freistaates nutzen. Die Mittel der Fonds werden
132 damit nicht auf den globalen Finanzmärkten, sondern direkt in Sachsen zum Nutzen
133 der Menschen eingesetzt.

134 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen einen echten Mietspiegel: Echte Vergleichbarkeit
135 gibt es nur, wenn auch die Bestandsmieten in die Mietspiegel einbezogen werden
136 und damit den Mieter*innen ein realistischer Überblick gegeben wird, welche
137 Mieten tatsächlich fair sind.

138 Wir fordern, dass sich der Freistaat für steuerliche Förderung der
139 Wohnungsgemeinnützigkeit sowie eine Reform der Grundsteuer mit dem Ziel einer
140 Bodenwertbesteuerung einsetzt, um Spekulation einzudämmen.

141 Wohnungslosigkeit entgegenwirken

142 In den wachsenden Städten sind viele Menschen wohnungslos. Für uns ist eine
143 eigene Wohnung der Schlüssel zur sozialen Teilhabe. Deswegen wollen wir die
144 Wohnungslosenhilfe massiv ausbauen und eine Wohnungslosenstatistik einführen.
145 Mieter*innen, die von Räumung bedroht sind, brauchen aufsuchende Hilfe und
146 frühzeitige Beratung durch soziale Träger und Sozialämter. Im Mietrecht wollen
147 wir GRÜNE die entstandenen Lücken im Kündigungsschutz schließen.

148 Die Einrichtungen der Wohnungslosenhilfe brauchen mehr sozialpädagogische
149 Fachberatung, damit die Vermittlung von weiteren Hilfsangeboten wie zum Beispiel
150 der Suchthilfe und der psychiatrischen Beratung funktioniert. Auch das ambulante
151 Betreuungsangebot ist auszubauen. Dringend erforderlich sind außerdem spezielle
152 Angebote in der Wohnungslosenhilfe für Alleinerziehende. Der Katalog präventiver
153 Maßnahmen muss vor allem das Frühwarnsystem stärken. Neben den
154 Schuldnerberatungsstellen müssen auch die Schnittstellen zwischen den Jobcentern
155 und Fachstellen sowie den Gesundheits- und Sozialdiensten ausgebaut und
156 personell verstärkt werden. Wir wollen die Kommunen unterstützen, genügend
157 Wohnungskontingente bereitzustellen, um eine möglichst schnelle Integration von
158 wohnungslosen Menschen in abgeschlossenen dauerhaften Wohnraum mit
159 wohnbegleitenden Hilfen zu ermöglichen, ohne die Bedingung, vorher
160 „Wohnfähigkeit“ zu erlangen (Housing First).

161 Soziale Vielfalt macht uns stark – vielfältige Quartiere erhalten und schaffen

162 Wir wollen, dass unsere Stadtviertel sozial durchmischt bleiben und vielfältiger
163 werden. Gerade Städte in Ostdeutschland zeigen den besorgniserregenden Trend
164 auf, dass die verschiedenen sozioökonomischen Einkommensgruppen zunehmend unter
165 sich bleiben, dass die Vielfalt in den Vierteln abnimmt und ältere und ärmere
166 Menschen aus ihrer vertrauten Umgebung vertrieben werden. Wenn eine Gesellschaft
167 zusammenhalten soll, wenn Menschen sich gegenseitig verstehen sollen und in den
168 Dialog miteinander treten sollen, dann müssen sie sich auch begegnen können.
169 Deswegen fördern wir mit den Möglichkeiten von Landes- und Kommunalpolitik die
170 Diversität der Wohnformen im Quartier: Wir wollen, dass in einem Viertel große
171 und kleine Wohnungen, teurere und billigere Wohnungen nebeneinander bestehen
172 können, insbesondere auch, indem wir Sozialwohnungsprojekte ausgeglichen auf die
173 verschiedenen Viertel der Stadt verteilen und den Milieuschutz in Sachsens
174 Städten konsequent durchsetzen.

175 Neben der Erweiterung bestehender Quartiere werden ganze Viertel neu entstehen.
176 Wir wollen diese neuen Stadtquartiere gemeinsam mit den Einwohner*innen bauen
177 mit transparenten Planungs- und Abwägungsverfahren und unter breiter Beteiligung
178 der Öffentlichkeit. Für die Akzeptanz braucht es Vorteile für alle, auch den
179 bisherigen Anwohner*innen: Kitas, Schulen, Kultureinrichtungen,
180 Einkaufsmöglichkeiten, Restaurants und Cafés, Ärzt*innenpraxen, Senior*innen-
181 und Nachbarschaftstreffs, Spiel- und Sportplätze, Grünflächen und öffentliche
182 Verkehrsmittel sollen von Anfang an mit eingeplant werden. Entscheidend für den
183 Erfolg sind die konsequente soziale Mischung und die Vernetzung mit dem
184 städtischen Umfeld. Neue Quartiere sollen nicht Profitinteressen dienen, sondern
185 an vorrangig durch gemeinnützige Träger, Genossenschaften, Baugruppen, das

186 Studierendenwerk oder kommunale Wohnungsbaugesellschaften entwickelt werden.
187 Wagenplätze betrachten wir als eine gleichberechtigte Wohnform, für die genügend
188 Raum auch in innenstadtnahen Bereichen bereitgestellt werden muss.

189
190 Für Menschen mit Behinderung und für eine alternde Stadtgesellschaft brauchen
191 wir vermehrt barrierearme Quartiere. Nicht nur Wohnungen sondern auch Fußwege,
192 Parks und die sonstige Infrastruktur müssen für alle Menschen geeignet sein.
193 Aber auch Vereinsräume, Einkaufsmöglichkeiten und Praxen müssen gut zugänglich
194 sein. Bei der Planung von neuen Gebäuden und Anlagen soll dies immer mitgedacht
195 werden. Außerdem wollen wir den barrierearmen Umbau der Städte und Viertel
196 vorantreiben und finanziell fördern.

197 Unsere Städte werden attraktiv durch ihre Freiräume: Für uns ist es essentiell,
198 dass wir diese auch für die Generationen nach uns erhalten. Das bedeutet, dass
199 wir als Städte Flächen definieren, die wir nicht verkaufen, sondern die als
200 Innovationsorte erhalten bleiben, mit permanenten Zwischennutzungen für neue
201 kulturelle und unternehmerische und soziale Projekte, damit wir als Städte auch
202 in Zukunft die Früchte unserer Experimentierflächen und damit unserer
203 Innovationsfähigkeit schaffen können. Wir wollen durch konzeptgebundene
204 Finanzierungen gezielt Baugruppen, Kollektivhäuser und Kulturprojekte fördern,
205 die sich dafür entscheiden, dauerhaft in einem Quartier zu leben und sich zu
206 engagieren. Das stärkt den Zusammenhalt vor Ort. Angesichts zunehmend
207 schwindender Freiräume für Künstler und Kreative wollen wir eine Atelier- und
208 Ladenprojektförderung auflegen, mit der ein Beitrag für vielfältige Quartiere
209 geleistet werden kann.

210 Die lebenswerte Stadt braucht mehr Grün

211 Wir alle haben es in diesem Jahr erlebt: Wenn es in den Nächten heiß bleibt und
212 viele von uns schlechter schlafen, dann sorgt das nicht nur für unkonzentrierte
213 Kinder in der Schule und schlechtere Laune am nächsten Tag im Job. Vor allem für
214 viele ältere und kranke Menschen stellen derart hohe Temperaturen auch ein
215 erhebliches gesundheitliches Risiko dar. Unser Energieverbrauch durch
216 Klimaanlage steigt und die Bäume verlieren teilweise schon im Sommer ihr Laub.

217 Unsere Städte heizen sich als Folge des Klimawandels und jahrzehntelanger
218 Betonpolitik immer stärker auf. Das Mikroklima in den Städten wird zu einem
219 erheblichen Problem für ein gutes Leben in der Großstadt. Diesem Effekt wollen
220 wir entgegenwirken, damit die Gesundheitsrisiken durch Wärme in der Stadt nicht
221 weiter stiegen: Alle zukünftigen Stadtentwicklungs- und Bauprojekte in der Stadt
222 müssen diesem Effekt berücksichtigen und entgegenwirken: Wir setzen uns für
223 klimaintelligenten Stadtbau ein, mit mehr Frischluftschneisen und mehr
224 Verdunstungsflächen in unseren Städten.

225 Wir wollen grüne Oasen in der Stadt erhalten, neue schaffen, und vor allem auch
226 ein gesundes Gleichgewicht herstellen zwischen dem notwendigen Schaffen von
227 neuem Wohnraum durch Nachverdichtung und einer lebenswerten, erholsamen
228 Stadtnatur. Uns ist es wichtig, die Balance zwischen zusätzlicher Bebauung und
229 städtischem Grün zu halten. Unser Ziel ist es, vor allem zusammenhängende
230 größere Grünflächen zu erhalten oder neu zu erschließen. Neue städtische Parks
231 und eine konsequente Begrünung, die mehr ist als ein paar kleine Bäume auf einer
232 Betonfläche sind notwendig um den Folgen des Klimawandels zu begegnen. Zur
233 Umsetzung wollen wir ein Förderprogramm für ökologischen Stadtumbau und

- 234 Freiflächenentwicklung auflegen, mit dem sowohl Konzepte als auch konkrete
235 Stadtentwicklungsmaßnahmen gefördert werden.
- 236 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN fordern den Ausbau und die bessere Förderung von Fassaden-
237 und Dachbegrünungen in den Städten. Es braucht endlich wieder die Möglichkeit
238 für die Kommunen wirksame Baumschutzsatzungen zu erlassen, um zu verhindern,
239 dass privater Kahlschlag zur Verödung und Überhitzung unserer Städte beiträgt.
- 240 Eine grünere Stadt muss auch über ihre Ernährung nachdenken. Zahlreiche
241 Beispiele zeigen, dass Lebensmittel auch aus den Großstädten heraus möglich ist.
242 Projekte wie Urban Gardening und Urban Farming wollen wir als GRÜNE sowohl
243 hinsichtlich der Flächenbereitstellung als auch des persönlichen Engagements
244 besser unterstützen und fördern.
- 245 Die Stadt von morgen fährt besser ohne Auto nachhaltige Mobilität für eine
246 lebenswerte Stadt
- 247 Die immensen Herausforderungen einer wachsenden Stadt sind schon heute im
248 alltäglichen Verkehr zu beobachten. Die steigende Einwohnerzahl führt auch zu
249 mehr Staus in den Stoßzeiten und erheblichen Parkplatzproblem in einzelnen
250 Stadtteilen. Bleibt der Anteil des Autoverkehrs konstant, droht das
251 Bevölkerungswachstum in den nächsten Jahren den Verteilungskampf um den nicht
252 erweiterbaren öffentlichen Raum anzuhetzen und das Verkehrsnetz zu überlasten.
253 Auch die verkehrliche Lärmbelastung und die Gefährdung unserer Gesundheit durch
254 Feinstaub drohen zu steigen. Wir müssen deshalb den Anteil des Autoverkehrs
255 deutlich senken, um nicht zukünftig im dauernden Verkehrsinfarkt zu leben.
- 256 Wollen wir die Lebensqualität unserer Großstädte erhalten und verbessern, müssen
257 wir bei der Mobilität konsequent umsteuern. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN setzen
258 konsequent auf die ökologische Mobilität mit Fuß und Rad, Bussen und Bahn. Wir
259 wollen ein friedliches Miteinander auf der Straße erreichen, mit echter
260 Gleichberechtigung von Fußgänger*innen, Rad, Auto und Logistikverkehr.
261 Insbesondere den Wirtschaftsverkehr wollen wir intelligenter und kleinteiliger
262 nach Amsterdamer Vorbild durch die Städte steuern, denn das veränderte
263 Konsumverhalten von uns allen führt auch dazu, dass wir intelligentere und
264 innovative Lösung für die tägliche Paketflut an alle Haushalte brauchen. Wir
265 wollen, dass der Verkehr in den Städten sicherer wird: Wir verfolgen als
266 Leitziel der Verkehrsplanung, dass es keine Unfälle mit Todesfolge mehr in der
267 Stadt gibt (Vision Zero). Dafür brauchen wir intelligente Verkehrskonzepte, die
268 Sicherheit und Gesundheit einen Vorrang vor Schnelligkeit einräumen. Wir wollen
269 gemeinsam mit den Arbeitgeber*innen neue Konzepte entwickeln, die das
270 Pendelaufkommen in den Großstädten reduziert – zum Beispiel durch mehr Home
271 Office, mehr Gleizeit und arbeitsnahe Wohnungen, Schulen und Kitas für
272 Beschäftigte. Neue städtische Quartiere sollen möglichst autofrei vorrangig an
273 ÖPNV-Knotenpunkten und in einer Mischung aus Wohnen, Gewerbe und Handel
274 entstehen. Bei der Investitionsförderung in Verkehrsinfrastruktur soll die
275 Vernetzung von Rad und ÖPNV (Multimodalität) vorrangig gefördert werden.
- 276 Stehende Autos nehmen in der Stadt viel Platz in Anspruch. Wir GRÜNEN haben uns
277 deshalb viele Jahre dafür eingesetzt, dass die sächsische Bauordnung novelliert
278 wird und damit Gemeinden in die Lage versetzt werden zu regeln, wie, wo und in
279 welcher Anzahl Auto- oder Fahrradstellplätze zu schaffen sind. Damit waren wir
280 erfolgreich, diese kommunale Eigenständigkeit bei der Stellplatzordnung ist seit
281 diesem Jahr möglich. Wir wollen den nächsten Schritt gehen und die rechtssichere

282 Grundlage für die Ausweitung von CarSharing Möglichkeiten im öffentlichen Raum
283 schaffen, um den Anreiz für den Besitz eines eigenen Autos in der Großstadt zu
284 reduzieren.

285 Mit Bus und Bahn für bessere Mobilität für alle

286 Wer in Großstädten wirksam den Autoverkehr reduzieren will, muss konsequent den
287 ÖPNV stärken – nur dieser ist in der Lage ökologisch und soziale den Verkehr der
288 Zukunft zum größtmöglichen Nutzen aller abzuwickeln. Dazu muss der ÖPNV in den
289 Großstädten noch attraktiver werden, als er jetzt schon ist. Eine ausreichende
290 Finanzierung dafür muss sichergestellt werden. Taktfrequenz, Haltestellendichte,
291 Verkehrsknotenausbau, Umlandvernetzung und Tarifgestaltung müssen so organisiert
292 werden, dass das Umsteigen auf den ÖPNV ein Angebot ist, das man nicht ablehnen
293 kann. Dies gelingt nur, wenn die Staatsregierung die Regionalisierungsmittel des
294 Bundes konsequent an die Zweckverbände, die für die Bestellung von Bus und Bahn
295 zuständig sind, weiterleitet und mehr Geld für den Personennahverkehr zur
296 Verfügung stellt.

297 Fahrrad fahren aber sicher

298 Auch in Sachsen steigen immer mehr Menschen aufs Rad und bestimmen zunehmend das
299 Stadtbild. Allein der dafür nötige Platz, die dafür nötige sichere Infrastruktur
300 steht aktuell noch nicht ausreichend zur Verfügung – das wollen wir GRÜNE
301 ändern. Fuß- und Radverkehrsförderung ist preiswerter als die Förderung jedes
302 anderen Verkehrsmittels, dabei umweltfreundlich, stadtverträglich und leistet
303 einen Beitrag zum Klimaschutz sowie zur Verbesserung der Umwelt- und
304 Lebensqualität.

305 Eine sichere Radverkehrsinfrastruktur, die Entwicklung eines durchgängigen
306 Radverkehrsnetzes mit Hauptverbindungen und Nebenrouten, die flächenhafte
307 Öffnung von Einbahnstraßen in Gegenrichtung, die Schaffung diebstahlsicherer
308 ebenerdiger Fahrradabstellmöglichkeiten im gesamten Stadtgebiet sowie eine
309 breite Imagekampagne zur Schaffung von Radkultur, gegenseitiger Rücksichtnahme
310 und Verständnis sind längst überfällige Maßnahmen zur Förderung des Radverkehrs.
311 Um nicht nur innerhalb der Städte zügig und sicher voranzukommen, müssen
312 zukünftig auch Fahrradschnellstraßen geplant werden, um für nachgefragte
313 Pendlerbeziehungen wie z.B. zwischen Leipzig und Halle auch Radfahrenden ein
314 attraktives Angebot zu bieten.

315 Wir wollen eine bessere Vernetzung des Radverkehrs mit anderen Verkehrsträgern.
316 Ein Schlüsselement sind Fahrradparkhäuser an wichtigen Umsteigepunkten wie
317 Bahnhöfen, die über das reine Abstellen hinaus weitere Dienstleistungen wie
318 Reparaturen und Fahrradverleih anbieten.

319 Der Freistaat muss die Städte bei der Planung des Radverkehrs besser
320 unterstützen. Dazu braucht es endlich ein eigenes Referat Radverkehr im
321 Verkehrsministerium, das die Kommunen bei der Beantragung und Planung von
322 Radwegen unbürokratisch unterstützt und berät. Über die bloße Förderung von
323 Radwegen hinaus soll die Umsetzung integrierter Konzepte in den Großstädten
324 finanziert werden, um z.B. den Ausbau von Radnetzen, Fahrradquartiere,
325 separierte Fahrradwege oder Vorrangschaltungen für Radfahrer zu realisieren.

326 Jeder Weg beginnt zu Fuß

327 Die meisten Wege in den Städten werden zu Fuß zurückgelegt. Daran muss sich auch
328 die Verkehrsplanung orientieren. Zu Fuß gehen soll attraktiver und sicherer
329 werden. Wir wollen deshalb fußgängerfreundliche Ampelschaltungen mit kurzen
330 Wartezeiten und langen Grünphasen. Barrieren und Hindernisse, die
331 Fußgänger*innen zu Umwegen zwingen, sollen verschwinden oder durchlässig gemacht
332 werden. Mit gesicherten Überwegen in kurzen Abständen, mit Zebrastreifen,
333 Mittelinseln oder Gehwegvorstreckungen werden wir alle künftig leicht und sicher
334 über die Fahrbahnen kommen. Ein engmaschiges barrierefreies Gehwegenetz soll
335 Menschen zu Fuß und auch allen, die in ihrer Mobilität beeinträchtigt sind,
336 zugutekommen.

337 Plätze und Gehwege sind soziale Räume für Begegnung und Aufenthalt. Radwege
338 wollen wir deshalb von den Bürgersteigen auf die Fahrbahn bzw. separierte
339 Radwege (protected bikelanes) verlagern und das Parken von Autos auf
340 Gehwegflächen Zug um Zug reduzieren. Stattdessen soll dort durch mehr
341 Sitzgelegenheiten und Grün die Aufenthaltsqualität erhöht werden. Der marode
342 Zustand vieler Gehwege und eine oft unzureichende Beleuchtung führen zu
343 Unsicherheiten. Neben der notwendigen Gehwegsanierung soll die Umstellung der
344 Lampen auf LEDs dazu genutzt werden, die Straßenbeleuchtung besser auf die
345 Belange der Fußgänger*innen auszurichten.

346 Nur eine gesunde Stadt kann lebenswert sein

347 Wer in der Stadt wohnt, ist mitunter teilweise deutlich stärkeren
348 Gesundheitsgefährdungen ausgesetzt als auf dem Land: Lärmbelastung und
349 Feinstaubspitzen an viel befahrenen Straßen, die hohe Unfallgefahr an
350 innerstädtischen Kreuzungen, höhere Stresslevel und Angst durch hohe
351 Mietbelastungen: Stadtleben ist der Gesundheit nicht immer zuträglich. Deswegen
352 wollen wir auf allen Ebenen darauf hinwirken, dass man als Mensch in der Stadt
353 in Zukunft deutlich gesünder alt werden kann.

354 Darüber hinaus braucht es aber auch eine Verbesserung der Gesundheitsversorgung
355 in den Städten.

356 Die medizinische Versorgung in der Stadt ist teilweise sehr ungleich verteilt.
357 Viele ärztliche Praxen konzentrieren sich in bessergestellten Vierteln. Wir
358 wollen gemeinsam mit der ärztlichen Selbstverwaltung ausloten, wie wir die
359 Verteilung von Praxen in den verschiedenen Stadtvierteln deutlich gerechter
360 gestalten können und wir eine – auch vom Umland genutzte – optimale ärztliche
361 Versorgung in den Großstädten gewährleistet werden kann.

362

363 Aber Gesundheit ist keine rein ärztliche Aufgabe. Viele Akteur*innen sind hier
364 auf kommunaler Ebene aktiv. Uns ist es wichtig diese in Rahmen von kommunalen
365 Gesundheitsplänen zu unterstützen und miteinander zu vernetzen. Wir sehen die
366 Gesundheitsämter als Ansprechpartner*innen für das kommunale
367 Gesundheitsmanagement. Zusammen mit ihnen wollen wir an Plänen für gesunde
368 Kommunen arbeiten.

369 Wir bekennen uns klar zu den Krankenhäusern in kommunaler Hand als wichtiger
370 Baustein der örtlichen Gesundheitsversorgung. Wir werden uns auf Landesebene
371 dafür einsetzen, dass die rechtlichen und finanziellen Rahmenbedingungen für die
372 kommunalen Krankenhäuser verbessert werden.

373 Eine kluge Stadt braucht alle Talente

374 Der Kinderanteil in allen drei Großstädten wächst, doch schon jetzt zeigen sich
375 deutliche Unterschiede im bedarfsgerechten Ausbau von Bildungsangeboten. GRÜNE
376 Ideen für Bildungsangebote gehen aber über die Quantität hinaus, schon jetzt
377 zeigt sich an den Bildungsübergängen, wie unterschiedlich die jeweiligen
378 Stadtteile aufgestellt sind. Darüber hinaus müssen wachsende Städte einen neuen
379 Fokus auf Angebote des lebenslangen Lernens und inklusive Bildung legen. Wir
380 wollen ein Kulturangebot, das auch finanziell den verschiedenen Erwartungen in
381 einer vielfältigen Stadtgesellschaft entspricht und ausgebaut wird.

382 Bildungsangebote von der Kita bis zur Hochschule

383 Die steigenden Geburtenraten und der Zuzug von jungen Familien führen dazu, dass
384 viele Eltern es schwer haben, einen geeigneten Kita-Platz zu finden. Auch fünf
385 Jahre nach der Einführung des Rechtsanspruches auf einen Betreuungsplatz fehlt
386 es an Einrichtungen und Erzieher*innen. Die wachsenden Städte wurden nicht nur
387 hier jahrelang von der sächsischen Staatsregierung nur unzureichend bei der
388 Erfüllung ihrer Aufgaben unterstützt. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen setzten
389 sich für eine Ausbildungsoffensive für Erzieher*innen ein und einer höheren
390 Entlohnung. Die wachsenden Kommunen müssen bei der Finanzierung von Kita-Plätzen
391 entlastet werden: ein flexibler, bedarfsgerechter und dynamisierter
392 Landeszuschuss unterstützt die Kommunen und entlastet die Eltern. Wir setzen uns
393 ferner für ein Kita-Qualitätsgesetz auf Bundesebene ein. Bei dem nach wie vor
394 erheblichen Investitionsbedarf bei Neubau und Sanierung von Kitas werden die
395 Kommunen immer noch zu wenig unterstützt, so dass sie z.T. auf langfristig
396 teurere Mietmodelle zurückgreifen. Um Kitas in kommunalem Eigentum realisieren
397 zu können, wollen wir die Kommunen mit einem bedarfsgerechten
398 Investitionsprogramm unterstützen. Die zunehmende Segregation in den Großstädten
399 ist bereits in den frühen Jahren spürbar. Kitas in sozial benachteiligten
400 Quartieren werden allein gelassen, wenn es darum geht, den Herausforderungen mit
401 individueller Förderung von Sprache und sozialen Kompetenzen zu begegnen. Wir
402 streiten für eine bessere Personalausstattung und zusätzliche Budgets für Kitas
403 in Stadtteilen, in denen besonders viele Einkommensschwache und wenig
404 bildungsnahe Eltern leben.

405 Um dem wachsenden Bedarf nach Schulen in den Großstädten nachzukommen streiten
406 wir für ein Sofort-Programm Schule, das die Kommunen finanziell und strukturell
407 bei der Umsetzung der Schulnetzplanung unterstützt. Wir wollen die Chance, die
408 sich aus der Notwendigkeit von Schulneubauten ergibt, nutzen und pädagogisch
409 innovative Bauten realisieren, die der Idee vom Raum als dritten Pädagogen
410 gerecht werden. Dafür braucht es eine moderne sächsische Schulbauempfehlung,
411 deren Leitlinien verbindlich bei der Vergabe von Schulbaufördermitteln sind.

412 Schon jetzt sind die Bildungschancen in den Großstädten höchst unterschiedlich
413 verteilt. Während in dem einen Viertel 80% der Grundschüler eine
414 Bildungsempfehlung für das Gymnasium bekommen, bekommt in anderen Stadtteilen
415 nicht einmal jeder zehnte die Chance. Welchen Bildungsweg ein Kind einschlägt,
416 darf nicht davon abhängen, in welchem Stadtteil seine Eltern wohnen. Dazu müssen
417 wir gezielt Schulen in benachteiligten Lagen unterstützen. Nicht nur der
418 ländliche Raum, sondern auch Schulen in sozialen Problemlagen der Großstädte
419 haben mit dem Lehrermangel zu kämpfen. Wir wollen, dass Schulen mit Kindern aus
420 benachteiligten Lebenslagen besonders gefördert werden, um die besten Lehrkräfte
421 zu bekommen und zusätzliche Förderung umzusetzen.

422 Die wachsende Zahl von Studierenden in Sachsen stellt die Großstädte auch vor
423 Herausforderungen. Wir wollen daher die Studentenwerke unterstützen und mehr
424 Geld für studentisches Wohnen bereitstellen. In Städten wo der Wohnraum knapp
425 wird, werden bezahlbare Wohnheime immer attraktiver, doch seit Jahren werden die
426 Studentenwerke nicht ausreichend finanziert. Wir wollen, dass bei den
427 Studierendenwohnheimen der bestehende Sanierungsstau aufgelöst und neue
428 Wohnheime mit innovativen Konzepten geschaffen werden. Damit kann der Freistaat
429 einen konkreten Beitrag leisten, um dem angespannten Wohnungsmarkt
430 entgegenzuwirken. Damit Studierende und Absolvent*innen ihr Potential in der
431 Region entfalten wollen wir gemeinsam mit den Hochschulen neue Wege finden,
432 damit ein Ankommen auch im sächsischen Arbeitsmarkt möglich ist: Ob innovative
433 Start-ups, Selbstständige oder Freiberufler, wir brauchen in Sachsen einen neuen
434 Gründergedanken, der dieses Innovationspotential fördert und unterstützt. Ob
435 Mikrokredite oder Beratungsangebote, wir wollen, dass diese Menschen sich in
436 Sachsen verwirklichen können. Auch Jobmessen und eine integrierte, regionale
437 Arbeitsmarktberatung an den Hochschulen kann dazu führen, dass die
438 Absolvent*innen in der Region bleiben.

439 Regionale Bildungslandschaften stärken

440 Kinder wachsen in ihrem Stadtteil auf. Im Laufe der Zeit wird ihr
441 Bewegungsradius immer größer. Dem Bedürfnis nach regionaler Verortung und
442 Vernetzung wollen wir durch die Gestaltung von kommunaler Bildungslandschaften
443 Rechnung tragen. Regionale Bildungslandschaft bestehen aus einem verzahnten
444 System von klassischen Bildungsangeboten, Freizeiteinrichtungen, Sportvereinen,
445 kulturellen Einrichtungen, Gemeinden, Angeboten der Offenen Kinder- und
446 Jugendarbeit und der Jugendhilfe. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN in Sachsen wollen in den
447 Quartieren eine bessere Verzahnung der Bildungseinrichtungen, verantwortliche
448 Bildungsübergänge, Bildungsinstitutionen die in den Stadtteil wirken und sich
449 öffnen – nicht nur institutionell sondern auch architektonisch.

450 Kultur braucht Freiräume

451 Ein wesentlicher Faktor für die Attraktivität der sächsischen Großstädte ist die
452 reichhaltige Kulturszene. Doch die Freiräume, in denen sich insbesondere die
453 freie Szene entwickeln konnte, ist zunehmend bedroht. Zahlreiche Theater,
454 Galerien, Proberäume und Clubs mussten schon schließen – weil andere Nutzungen
455 mehr Profit bringen. Wir wollen die Vielfalt der Kultur erhalten. Dazu gehört
456 für uns auch die Vielfalt der kulturellen Orte. Wir setzen uns dafür ein, solche
457 Flächen städtebaulich zu sichern, in öffentlicher Hand zu halten oder neu
458 anzukaufen, um sie für Kulturschaffende zu erhalten. Dabei sollte die Vergabe in
459 Erbbaupacht gestärkt und vermehrt Genossenschaftsmodelle ermöglicht
460 werden. Anders als die großen Theater erhalten Gruppen der Freien Szene bisher
461 keine Investitionszuschüsse, um ihre Räume auszubauen oder zu sanieren. Statt
462 Leerstand zu verwalten, sollen öffentliche und private Flächen und Räume zur
463 Zwischennutzung für Kulturprojekte zur Verfügung gestellt werden. Wir werden uns
464 für eine Zwischennutzungsagentur oder andere geeignete Modelle einsetzen, die
465 Künstler*innen Räume zeitlich begrenzt vermittelt.

466 Soziokultur und migrantische Kultur unterstützen

467 Der Zuzug von jungen Menschen und steigende Geburtenraten bringen nicht nur
468 einen
469 steigenden Bedarf von Bildungsangeboten mit sich, sondern auch mehr Nachfrage

470 nach
471 soziokulturellen Angeboten. Diese wollen wir stärker unterstützen. Besser als
472 bisher muss es dabei gelingen, kultur- und bildungsferne Klientel anzusprechen.
473 Angesichts des stark wachsenden Anteils von Bürger*innen mit
474 Migrationsgeschichte wollen wir außerdem neue Ansätze für vielfaltsorientierte
475 Kulturarbeit fördern. Sachsen ist Einwanderungsland, aber im Vergleich zu
476 anderen Großstädten ist migrantische und postmigrantische Kultur bisher kaum im
477 Fokus der Kulturförderung.

478 Bewahrung von Kulturgut und Stadtgeschichte

479 Unsere Städte sind reich an historischen Kulturgütern: Diese reiche Geschichte
480 wollen wir nachhaltig bewahren für eine Zukunft, in der sich ein verschärfendes
481 Klima insbesondere mit Feuchtigkeitsschäden die geschützte Bausubstanz vor neue
482 Herausforderungen stellt. Deshalb setzen wir uns auf Landesebene für eine
483 bessere Förderung des Denkmalschutzes, auch für Privatpersonen ein.

484 Eine lebenswerte Stadt braucht gute Arbeit

485 Die Großstädte beherbergen eine umfassende Arbeitswelt mit vielen Betrieben und
486 Dienstleistungsunternehmen, mit Behörden, Wissenschaftsstandorten und sozialen
487 Einrichtungen. In den letzten Jahren ist die Arbeitslosigkeit in den Großstädten
488 gesunken und es waren immer wieder größere Neuansiedlungen zu verzeichnen.
489 Dennoch brauchen wir ein neues Herangehen an Wirtschaft und Arbeit in den
490 Großstädten. Wir müssen weg von der Fokussierung auf Großansiedlungen und müssen
491 die Innovationskraft von kleinen und mittelständischen Betrieben, von
492 Gründer*innen, von Menschen, die progressive Ideen haben, stärken. Durch eine
493 gezielte Vergabe von Geldern im Rahmen von öffentlichen Aufträgen sollen diese
494 in der Region bleiben und so auch das Umland und Mittelzentren stärken – die
495 entsprechenden Rahmenbedingungen wollen wir durch ein modernes Vergabegesetz
496 erreichen.

497 Wir wollen eine wachsende Stadt, in der gute Arbeitsplätze in den Quartieren
498 entstehen und so ökologische und soziale Arbeitsverhältnisse geschaffen werden
499 und sich die Wirtschaftsstruktur der Stadt und nicht umgekehrt anpasst, durch
500 kurze Wege, eine gute lokale Verankerung und eine stärkere Kooperation zwischen
501 Industrie und Wissenschaft. Dazu wollen BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auch die
502 Kooperation der Wirtschaft mit den örtlichen Wissenschaftseinrichtungen
503 verbessern, um unsere Städte zur wirklichen Innovationszentren zu machen.
504 Insbesondere die Potentiale von Menschen mit Migrationsgeschichte,
505 Auszubildenden und Absolventen sollen stärker genutzt werden.

506 Gründungskultur ist eine wichtige Impulsgeberin für unsere Städte. Wir wollen
507 den Gründer*innen nicht reinreden, sondern gute Rahmenbedingungen schaffen,
508 damit diese sich mit ihren Ideen verwirklichen können. Dafür werden wir günstige
509 Räume vorhalten und Co-working-Spaces als Orte fürs Netzwerken unterstützen. Der
510 Kontakt zu etablierten Unternehmen, Business Angels und Wagniskapitalgeber*innen
511 ist stärker fördern. Um Gründungen zu erleichtern und eine Kultur der
512 Selbständigkeit und Risikobereitschaft zu unterstützen, werden wir den
513 bürokratischen Aufwand reduzieren und die vorhandenen Beratungsstellen auch für
514 die Konzeptphase ausbauen. Mit einem Mentoringprogramm wollen wir insbesondere
515 Frauen auf dem Weg in die Selbständigkeit und Teilzeitgründungen unterstützen.
516 Wir setzen uns dafür ein, dass Talente nicht aus Finanzierungsgründen abwandern
517 und wollen die Förderung der besten Ideen.

518 Die Stadt der Zukunft – digital und vernetzt

519 Wir wollen, dass die sächsischen Großstädte zu Smart Cities werden. Dazu müssen
520 wir die Chancen der Digitalisierung und Vernetzung stärker nutzen als bisher, um
521 den vielfältigen Anforderungen an moderne Kommunikation und Infrastruktur
522 genügen. Schlüssel dafür ist der flächendeckende Ausbau mit Breitbandnetzen der
523 nächsten Generation. Auf dieser Grundlage wollen wir die Umsetzung intelligenter
524 Verkehrssteuerungssysteme für den Personen- aber vor allem für den Lieferverkehr
525 unterstützen, die mehr Menschen und Waren pünktlich und bezahlbar an ihr Ziel
526 bringen, ohne dabei die Luft in gesundheitsschädlichem Ausmaß zu verschmutzen
527 und ohrenbetäubende Lärmpegel in der Innenstadt zu erzeugen. Zugleich wollen wir
528 die Leistungen der Daseinsvorsorge in den Städten, von der Stromerzeugung bis
529 zur Müllentsorgung stärker miteinander vernetzen.

530 BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wollen eine stärkere Digitalisierung von
531 Verwaltungsprozessen erreichen. Unser Ziel ist es, dass zukünftig die
532 Kommunikation der Unternehmen und der Bürger*innen mit der Verwaltung in der
533 Regel digital abgewickelt werden kann.

534 Damit eine stärkere Digitalisierung und Vernetzung gelingen kann, müssen die
535 Städte in Sachsen Vorreiter beim Thema Datenschutz und Datensicherheit werden.
536 Es braucht stärkere Anstrengungen und Investitionen in diesen Bereichen, das
537 gilt auch und gerade für die kommunalen Unternehmen der Daseinsvorsorge, wie
538 Stromerzeuger.

539 Eine moderne Stadt braucht eine moderne Verwaltung

540 Um das Gemeinwesen in unseren Städten lebenswert gestalten zu können, braucht es
541 eine starke Verwaltung. Sie ist der Garant dafür, dass Anträge zügig bearbeitet
542 werden, Verkehrsplanungen nicht ins Stocken geraten und die Bürger*innen ihre
543 Ansprüche auch durchsetzen können.

544 Die Verwaltung in den Großstädten ist aufgrund einer jahrelangen verfehlten
545 Personalplanung in vielen Bereichen am Limit. Das zeigt nicht zuletzt der hohe
546 Krankenstand in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen die Verwaltungen wieder
547 mit dem Personal ausstatten, dass sie brauchen, um ihre Aufgaben reibungslos zu
548 erfüllen. Wir wollen den öffentlichen Dienst attraktiver, leistungsfähiger
549 machen, damit die Kommunen im Kampf um die besten Köpfe eine Chance haben. Den
550 öffentlichen Dienst machen wir zu einem Modellprojekt für ein gutes
551 betriebliches Gesundheitsmanagement und wertschätzende Personalführung und -
552 entwicklung. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stehen für konsequente Gleichstellung und
553 werden daher noch stärker Anstrengungen unternehmen, um den Frauenanteil in
554 Spitzenpositionen der Verwaltung zu erhöhen. Wir wollen unsere Verwaltungen
555 mehrsprachig machen, davon profitieren die Mitarbeiter*innen ebenso wie die
556 Bürger*innen der Städte.

557 Einstellungsverfahren in den öffentlichen Dienst sollen vereinfacht werden, um
558 die Einstellung neuen Personals zu beschleunigen. Wir setzen uns für
559 Musterausschreibungen für identische Aufgabenbereiche ein, die nach einer
560 Musterzustimmung durch den Hauptpersonalrat keine Einzelzustimmung mehr
561 benötigen.

562 Selbstbestimmung in Freiheit und Sicherheit

563 Viele Menschen ziehen nicht nur wegen Arbeit oder Ausbildung in eine Stadt. Sie
564 kommen auch auf der Suche nach Selbstverwirklichung und Vielfalt, Freiheit und
565 dem Nebeneinander vieler verschiedener Lebensentwürfe. Wir möchten sichere
566 Städte. Dafür setzen wir auf eine ausreichende Personalausstattung der
567 öffentlichen Behörden. Was wir aber nicht brauchen, ist Geldverschwendung mit
568 reinen Symbolmaßnahmen wie Videokameras und hochgerüsteten Sicherheitsdiensten.
569 Wir wollen, dass der öffentliche Raum auch öffentlich bleibt. Polizist*innen
570 sollen im Stadtteil vor allem als Ansprechpartner*innen zu Fuß auftreten. Um
571 immer wieder auftretender Stigmatisierung entgegenzuwirken, setzen wir zudem auf
572 verpflichtende Fortbildungen der Bediensteten im Bereich Antirassismus und
573 Geschlechtersensibilität. Dem Streben nach der Privatisierung und nach der
574 stärkeren Überwachung des Öffentlichen Raums werden wir uns widersetzen. Deshalb
575 lehnen wir die Möglichkeiten zu verdachtsunabhängigen Personenkontrollen durch
576 die – im Übrigen für viele Kommunen stigmatisierende – Ausweisung sogenannte
577 gefährlicher Orte ebenso ab, wie die Ausweisung von Alkoholverbotzonen.

578 Die lebenswerte Stadt braucht Weltoffenheit und eine starke Stadtgesellschaft

579 Demokratie funktioniert nur dann richtig gut, wenn die Verwaltung verlässlich
580 und schnell arbeitet und der städtische Versorgungsauftrag erfüllt wird; sie
581 funktioniert, wenn es einen kritischen und starken Journalismus vor Ort gibt,
582 der Missstände aufdeckt und Bürger*innen eine starke Stimme gibt; sie
583 funktioniert besser, wenn Menschen ein gutes Einkommen haben und sich neben der
584 Arbeit auch gesellschaftlich engagieren und für ihre Stadt Verantwortung
585 übernehmen können. Wir wollen unsere Städte in all diesen Bereichen stabiler
586 aufstellen, hin zu einer selbstbewussten und gemeinwohlorientierten
587 Stadtgesellschaft, in der es selbstverständlich ist, sich für das Miteinander
588 und eine gute Zukunft einzusetzen. Wir fordern dementsprechend eine umfassende
589 Beteiligung der Bürger*innen an allen kommunalpolitischen Prozessen von
590 einzelnen Bauvorhaben bis zum Bürgerhaushalt.

591 Die Stadt der Zukunft ist eine noch internationalere Stadt als heute: Damit
592 Sachsens Großstädte zu Orten des Zusammentreffens, der Forschung und Bildung,
593 der internationalen Verständigung und Produktivität werden können, begreifen wir
594 Internationalität in all ihren Facetten als Selbstverständlichkeit und
595 Bereicherung. Wir brauchen eine Kultur der Weltoffenheit und eine gelebte
596 Willkommenskultur, nicht nur in den Behörden, sondern in der Stadtgesellschaft.
597 Nur so können unsere Städte sich den Herausforderungen der Zukunft stellen und
598 attraktiv für Menschen aus aller Welt sein, die hier leben und arbeiten wollen.
599 Für alle Neuankommenden bedeutet eine Stadt oft Orientierungslosigkeit. Mit dem
600 Willkommenszentrum im Leipzig haben wir BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN eine innovatives
601 Projekt realisiert. Das Nebeneinander von Behörden, Angeboten und Dienstleistung
602 kann hier gebündelt werden um das ankommen zu erleichtern. Ein Pilotprojekt
603 welches auch für andere Städte Vorbild sein kann.